Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoeuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 117. [49. Jahrgang.] Sonntag den 22. Mai 1910. Erste (Abend-)Ausgabe. [49. Jahrgang.] Nr. 117.

Berlin, den 21. Mai.

Die Beisetzung König Eduards.

Ueberführung der Leiche nach dem Bahnhof.

London, 20. Mai. Auf Einladung des deutschen Botschafters hatte sich eine große Zahl von Mitgliedern der deutschen Kolonie und von deutschen Journalisten auf der Terrasse der deutschen Botschaft versammelt, die bei ihrer Lage unmittelbar über der Mall eine unvergleichliche Aussicht auf den Zug bot. Eine dichte, durchweg in Trauer gekleidete Menschenmenge hatte sich zu beiden Seiten der Straße gesammelt, die durch zwei Reihen Gardegrenadiere in Scharlachuniformen und mit hohen schwarzen Bärenmützen und durch eine Reihe von Polizisten eingerahmt war. Wie gemeldet, setzte sich der Zug um 9 Uhr 45 Min. in Bewegung, und die Prozession zog langsam vorüber. Was in England selten bemerkbar ist: der militärische Charakter überwog. Es entrollte sich ein kaleidoskopisches Bild der verschiedensten Truppenteile: Seesoldaten, Matrosen, indische Ghurka, die Offiziere der fremden Abordnungen, die Marine- und Militärattachés. Zu dem Glanze der militärischen und höfischen Uniformen stand die ernste Haltung und das tiefe Schweigen der Menge in eindrucksvollem Gegensatz.

Der Himmel war anfänglich bewölkt, dann brach die Sonne durch und beleuchtete das junge Laub des St. James-Parks. Der Sarg wurde von allen ehrfurchtsvoll gegrüßt. Eine besonders starke Bewegung zeigte sich in der Menge, als der König und der Kaiser vorüberkamen. Alles drängte unwillkürlich vorwärts, um das Bild besser erfassen zu können. Eine ähnliche Bewegung machte sich bemerkbar, als die Gala-Kutsche mit der Königin vorüberfuhr. Die Menge der Zuschauer stieg sich zwischen gewaltig vermehrt. Von den Strecken des Weges, welche der Trauerzug bereits passiert hatte, strömte alles nach dem St. James-Park, der einem Meer von Menschen glich. Als dann die Abteilungen der Polizei und der Feuerwehr den Zug beschlossen, folgte ihm ein dichter Menschenstrom in der Richtung nach dem Hyde-Park.

London, 20. Mai. Erst lange Zeit, nachdem die Spitze des Zuges den Paddington-Bahnhof erreicht hatte, verkündigten die Klänge des Totenmarsches aus Saul das Herannahen des Sarges. Die Lafette hielt vor dem Salonwagen, der den Sarg aufnehmen sollte. Die anwesenden Fürstlichkeiten bildeten zwischen Lafette und Salonwagen Spalier, der Totenmarsch ertönte aufs neue, alle Truppen im Bahnhof standen im Salut, die Fahnen senkten sich, und der Sarg wurde auf den im Zuge bereit stehenden Katafalk gesetzt. Die Fürstlichkeiten nahmen im Zuge Platz, und um 11 Uhr 58 Minuten verließ der Zug die Halle. Wenige Minuten vor dem Eintreffen des Trauerzuges sprangen über einer Tribüne einige Platten des Gladbaches der Halle vor Hitze, und die Splitter fielen auf die Zuschauer herab, was eine leichte Panik verursachte. Verletzt wurde niemand.

Die Hitze, die schon am Morgen geherrscht hatte, hielt während der ganzen Trauerfeierlichkeiten an. Zahlreiche weitere Fälle von Sonnenstich waren zu verzeichnen. Hunderte wurden ohnmächtig. Die Ambulanzen wurden ständig in Anspruch genommen. Auch die Truppen hatten erheblich zu leiden.

In Windsor.

Windsor, 20. Mai. Bei der Ankunft in Windsor wurde der Sarg von Gardeunteroffizieren aus dem Wagen gehoben und auf die Lafette gesetzt, mit einem Bahrtuch von rotem Samt und dann mit der königlichen Standarte bedeckt, auf welche die königlichen Insignien niedergelegt wurden. Leib-Gardekavallerie eröffnete den Zug. Hinter ihr schritten Herolde und die Flügeladjutanten des verstorbenen Königs. Es folgten die Abordnungen der fremden Heere und Flotten, die Abteilungschefs und der Chef des Generalstabs General Sir W. Nicholson. Dann kamen Musikkapellen, der Gouverneur von Schloß Windsor, Herolde und Wappenkönige, der Earl Marshal und eine Reihe von Hofwürdenträgern. Der Lafette mit dem Sarge, die von einer Abteilung Seeleuten gezogen wurde, folgten die Fürstlichkeiten zu Fuß in derselben Ordnung wie in London, hinter ihnen, ebenfalls zu Fuß, Roosevelt, Pichon, der Vertreter Persiens und der türkische Minister des Aeußern Rifaat Pascha. Nur die Equipage der Königin Alexandra folgte im Zuge, die übrigen fürstlichen Damen fuhren direkt zur Kapelle. Nach einer anderen Gruppe von Hofbeamten folgten die auswärtigen Botschafter und Gesandten sowie Geschäftsträger der Accinnität nach, sodann die Gefolge der fürstlichen Leidtragenden mit den ihnen zugeteilten britischen Offizieren, an der Spitze die deutschen. Die königliche Leibwache schloß den Zug. An der St. Georgskapelle wurde der Sarg von den Erzbischöfen von Canterbury und York, den Bischöfen von Windsor und Oxford und dem Dekan von Windsor mit der Geistlichkeit und den Beamten der Kapelle empfangen. Unter Vorantritt der Geistlichkeit und des Chores wurde der Sarg bis vor den Altar getragen. Nachdem König Georg zu Häupten des Sarges getreten war, begann die kirchliche Trauerzeremonie. Nach deren Beendigung trat der erste Wappenkönig des Hosenbandordens vor und verkündete mit den herkömmlichen feierlichen Worten den Heimgang des Königs Eduard und forderte die Versammelten auf, den Segen des Allmächtigen auf den neuen Herrscher herabzuflehen.

Windsor, 20. Mai. (Ergänzende Meldung.) In der Georgskapelle waren zu beiden Seiten des Katafalks zwei niedrige Eisreihen für die fürstlichen Leidtragenden errichtet, damit sie einen letzten Blick auf den Sarg werfen könnten, wenn er in die Gruft versenkt würde. Der Altar war mit Lilien und brennenden Kerzen einfach, aber außerordentlich schön dekoriert. Die Versammlung in der Kapelle machte mit ihrer Fülle glänzender Uniformen und blitzender Orden, die zu dem tiefen Schwarz der Damengewänder in wirkungsvollem Gegensatz standen, einen unvergeßlichen Eindruck. Die Plätze zur Linken des Altars waren den Diplomaten angewiesen; es wurde bemerkt, daß der französische und der deutsche Botschafter Seite an Seite durch die Kirche schritten. Rechts vom Altar hatten die Kabinettsminister, die alle in voller Uniform erschienen waren, ihre Plätze. Das Schiff der Kapelle war von höheren Kolonial- und Staatsbeamten, Richtern, und Geistlichen besetzt. Als die Versammlung Platz genommen hatte, bildeten die Gentlemen at arms in ihren scharlachroten Uniformen und die Schloßgarde in ihren mittelalterlichen Kostümen mit Hellebarden Spalier, zwischen dem der Sarg vom Westportal zum Platz vor dem Altar getragen wurde.

Die Trauerversammlung erhob sich, als die Geistlichkeit in doppelter Reihe, geführt von den Erzbischöfen von Canterbury und York, erschien und unter den Klängen des Schubertschen Trauermarsches zu dem Westportal schritt, um den Sarg mit der Leiche des Königs zu empfangen. Zehn Minuten später begannen die vereinigten Musikkorps vor der Kirche den Beethovenschen Trauermarsch zu spielen. Gedämpfte Trommelwirbel kündigten an, daß der Sarg von der Lafette gehoben wurde, während zugleich die letzten Pfeifensignale der Matrosen vor der Kirche für den toten Großadmiral ertönten. Unmittelbar hinter dem Sarg schritt König Georg, der die Königin-Mutter führte, dann folgte der Kaiser mit der Königin Mary. Die übrigen fürstlichen Damen nahmen ihre Plätze in dem königlichen Gestühl ein. Während des Gottesdienstes stand der König zärtlich seiner Mutter zur Seite, die in stillem Gebet am Sarge ihres Gatten kniete. Die anderen Fürstlichkeiten standen zusammen hinter den Hauptleidtragenden, der Kaiser zur Linken des Königs Georg, zunächst dem Herzog von Connaught, die Könige Alfons und Manuel beisammen zu Seiten der Königin Mary. Der Gottesdienst schloß mit der Trauermusik, mit der der Erzbischof von Canterbury die königliche Leiche der Erde übergab, während der Sarg langsam in der Gruft verschwand. Unmittelbar vorher trat der König vor und legte seines Vaters Garde-Grenadierflagge auf den Sarg, damit sie mit ihm begraben werde. In diesem feierlichen Augenblick schluchzten die Damen auf, die Königin-Mutter verhüllte ihr Angesicht, der König vermochte seine Tränen nicht mehr zurückzuhalten. Während der Erzbischof den Segen sprach, kniete die ganze Versammlung nieder, dann geleitete der König seine Mutter zur Gruft, und Mutter und Sohn warfen den letzten Blick auf den Sarg. Dann begab sich die fürstliche Trauerversammlung zum Schloß.

Während des feierlichen Teiles des Gottesdienstes in der Kapelle wurde der Oberkommissar für Neuseeland, Hall-Jones, der unmittelbar hinter den Fürstlichkeiten stand, ohnmächtig und mußte aus der Kapelle gebracht werden.

* * *

Windsor, 20. Mai. Nach Schluß des Gottesdienstes begaben sich alle Fürstlichkeiten mit Ausnahme der Königin Alexandra in den Speisesaal, wo die Mitglieder der königlichen Familie und die anderen Fürstlichkeiten, insgesamt 70 Personen, ein Mahl einnahmen. Die übrigen Gäste speisten in der St. Georges Hall. Nach der Tafel besichtigten die Fürstlichkeiten die Kränze und fuhren sodann nach dem Bahnhof.

Bis zum Abgang des Zuges um 5 Uhr 16 Min. verweilten die Majestäten in ungezwungenem Gespräch auf dem Bahnsteig. Die übrigen fürstlichen Gäste, Diplomaten, Spezialgesandten usw. waren bereits vorher in Extrazügen abgefahren.

London, 20. Mai. Die fremden Fürstlichkeiten sind kurz vor 6 Uhr von Windsor wieder hier eingetroffen und im geschlossenen Wagen nach ihren Quartieren gefahren.

Erzherzog Franz Ferdinand, der Großherzog von Hessen, Prinz Rupprecht von Bayern und eine Reihe anderer Fürstlichkeiten sind heute abend wieder von hier abgereist.

Im Buckingham-Palast fand heute ein Diner statt, an dem der Deutsche Kaiser und andere Fürstlichkeiten teilnahmen.

* * *

Sheerneß, 20. Mai. Die Hohenzollern und der deutsche Kreuzer Königsberg beteiligten sich an dem von der englischen Flotte heute abgegebenen Trauersalut von 68 Schüssen. Dem Gedächtnisgottesdienst in der Werftkirche wohnten auch die deutschen Offiziere und Seeleute bei.

* * *

Melbourne, 21. Mai. An der zu Ehren des verstorbenen Königs von England in der hiesigen anglikanischen Kathedrale abgehaltenen Trauerfeier nahmen der Generalgouverneur des Commonweralth, der Gouverneur von Viktoria und die Spitzen sämtlicher Behörden teil. Der Erzbischof von Melbourne betonte in seiner Predigt die Gegenwart des Deutschen Kaisers beim Begräbnis seines Onkels und fuhr dann fort: Redet nicht von einem Zerwürfnis oder der Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Deutschland. Unsere eigenen Vorfahren sind großenteils deutschen Ursprungs, das Haus Hannover hat uns eine Reihe von Königen geschenkt, und Albert der Gute war ein deutscher Prinz. Die Stimme von Jahrhunderten spricht von Allianzen und ewiger Freundschaft und erhebt Protest selbst gegen den Gedanken eines Konflikts zwischen den beiden mächtigen Nationen.

Dankerklärung König Georgs.

London, 21. Mai. Der König hat einen Erlaß an Armee und Flotte gerichtet, in dem er seiner Anerkennung für deren gestern geleistete Dienste Ausdruck gibt. Daß Matrosen die Lafette mit dem Sarge des Königs gezogen hätten, wäre der passendste Tribut gewesen, den sie seinem geliebten Vater hätten zollen können. Weiter spricht der König in einem besonderen Erlaß der Polizei seine Anerkennung für ihre bewunderungswürdigen Leistungen nicht nur am Begräbnistage, sondern während der ganzen vergangenen Woche aus, wo ihre Pflicht besonders schwer gewesen sei. Allerdings sei ihre Aufgabe erleichtert worden durch die ausgezeichnete Haltung und den Geist der Ordnung, den die ungeheuren in diesen Tagen in London versammelten Menschenmengen an den Tag gelegt hätten.

Rückblicke.

Erst nach der Vertagung des Reichstags ist der umfangreiche Bericht seiner Kommission über den Entwurf eines Zuwachssteuergesetzes als Drucksache zur Ausgabe gelangt; am 10. Mai war die zweite Lesung in der Komm mission beendet worden. Bei Beratung der Reichsfinanzreform im vorigen Jahre wurde der Beschluß gefaßt, daß das Reichsschatzamt spätestens bis zum 1. April 1911 den Entwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes vorlegen solle, mindestens in der Höhe, daß dadurch $1/2$ v. H. des 1909 beschlossenen Umsatzstempels in Wegfall kommen könnte. Die verbündeten Regierungen hatten nun die Vorbereitungen so weit beschleunigt, daß bereits am 12. April 1910 ein entsprechender Entwurf dem Reichstag unterbreitet werden konnte. Man erhoffte die Annahme noch vor der Vertagung, um die Erträge der Steuer nicht durch größere Grundstücksumsatzaktionen beeinträchtigt zu sehen. Allein die Verabschiedung unterblieb, und es zeigt sich, daß der Entwurf in der Kommission eine gründliche, umfassende Beratung und dabei eine völlige Neugestaltung erfahren hat.

In dieser Gestalt wird er dem am 8. November wieder zusammentretenden Hause vorliegen.

Schon der erste Paragraph empfing eine einschneidende Abänderung. Während sich hier der Regierungsentwurf im wesentlichen auf die Bestimmung beschränkte, daß beim Uebergange des Eigentums an inländischen Grundstücken und beim Uebergange von Bereichtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, von dem Wertzuwachs eine Abgabe (Zuwachssteuer) erhoben werden solle, hat die Kommission diesen einleitenden Hauptparagraphen folgendermaßen gefaßt: „Beim Uebergange des Eigentums usw. wird von dem Wertzuwachs, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes eine Abgabe (Zuwachssteuer) erhoben. Beträgt der Veräußerungspreis ohne die in § 15 zugelassenen Abzüge, und im Falle einer Teilveräußerung der Wert des Gesamtgrundstücks, bei bebauten Grundstücken nicht mehr als 20 000 ℳ, bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 ℳ, so bleibt ein nicht mehr als 50 pCt. des Erwerbspreises betragender Wertzuwachs von der Steuer frei. Die Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn weder der Veräußerer und sein Ehegatte im Durchschnitt der letzten drei Jahre ein Jahreseinkommen von mehr als 2000 ℳ gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückshandel gewerbsmäßig betreibt." Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt nach § 5 der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreise. Die Kommission hat hier zugesetzt: „Von dem Preise kommt der Wert der Erzeugnisse des Grundstückes, die sich als dessen bestimmungsgemäßer Ertrag darstellen, sowie der Maschinen, auch insoweit in Abzug, als sie zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstückes gehören. . . . Die vom Käufer übernommenen Kosten, Stempel- und Umsatzsteuern sowie Verpflichtungen, welche eine Erhöhung des Kaufpreises nicht zur Folge haben, gelten nicht als Leistungen im Sinne dieser Bestimmungen."

So unterliegt die Differenz zwischen dem Erwerbspreise und dem Verkaufspreise der Steuer. Dem Erwerbspreise sind hinzuzurechnen 4. v. H., ferner die Aufwendungen für Bauten und Umbauten und für sonstige dauernde Verbesserungen, auch solche land- oder forstwirtschaftlicher Art, und die Aufwendungen für Leistungen und Beiträge für Straßenanlagen, Kanalisierung und öffentliche Einrichtungen. Von dem Veräußerungspreis sind abzuziehen die dem Verkäufer entstehenden Kosten des Verkaufes und der Betrag, um den nachweislich während der Besitzzeit, jedoch nicht länger als für 15 Jahre, der aus dem Grundstück erzielte Ertrag hinter 3 v. H. des Erwerbes zurückbleibt. Während die Regierungsvorlage mit einer Steuer von 5. v. H. bei nicht mehr als 10 v. H. Wertzuwachs begann und bis 12 v. H. bei einem Wertzuwachs von 400 v. H. ging, hat die Kommission beschlossen, 10 v. H. bei einer Wertsteigerung von 10 v. H. des Erwerbspreises zu erheben und bis 30 v. H. bei 400 v. H. Wertsteigerung zu gehen. Der Steuersatz wird für jedes Jahr bis zum 30. Jahr um 1 v. H. ermäßigt. Ferner wurde beschlossen, noch für jedes Jahr der Besitzzeit hinzuzurechnen $2 1/2$ v. H. des Erwerbspreises, soweit diese Summe den Betrag von 100 ℳ für den Ar nicht überfleigt, bei unbebauten Grundstücken 2 v. H. und bei bebauten Grundstücken 1 v. H. von dem Mehrbetrag. Dadurch wird nach Ansicht der Kommissionsmehrheit der solide Haus- und Grundbesitz und der Verkauf kleinerer Parzellen außerordentlich geschützt, die Steuer im wesentlichen auf die Heranziehung des spekulativen Bauplatz- und Güterhandels beschränkt. Von dem Ertrag der Wertzuwachssteuer erhielte das Reich 50 v. H., die Gemeinden 40 v. H. und die Einzelstaaten 10 v. H. Diejenigen Gemeinden, in denen bereits eine Wertzuwachssteuer vor dem 1. April 1909 beschlossen oder mit Wirkung vor dem 1. April 1909 vor dem 12. April 1910 in Kraft getreten war, erhalten bis zum 1. April 1915 die Differenz ihrer Steuer und der Reichssteuer vom Reiche zugewiesen. Der Fideikommißstempel von $2/3$ v. H. bleibt bestehen und ist im voraus für 30 Jahre zu entrichten. Der Umsatzstempel von $2/3$ v. H. soll nur bis zum 31. März 1912 aufrecht erhalten werden. Von da an wird der Steuersatz von drei zu drei Jahren durch den Bundesrat einer Nachprüfung unterzogen, und falls der durchschnittliche Jahresertrag des Reiches aus der Wertzuwachssteuer den Betrag von 20 Mill. Mark überfleigt, wird der Steuersatz für die folgenden 6 Jahre entsprechend herabgesetzt. Im Schlußparagraphen hat die Kommission bestimmt, daß die Steuerpflicht sich auf alle die Fälle des Eigentumsüberganges erstreckt, die nach dem 11. April 1910 stattgefunden haben; doch unterbleibe die Besteuerung, wenn die Urkunde über das Veräußerungsgeschäft vor dem 12. April 1910 in öffentlich beglaubigter Form errichtet oder bei einer Behörde eingereicht war.

* * *

Endlich ist eine Meldung zu verzeichnen, die bessere Aussicht auf eine Beendigung des Kampfes im deutschen Baugewerbe eröffnet. Der Dresdner Anzeiger kann mitteilen, daß es gelungen ist, die Bereitwilligkeit des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sowohl als auch der Zentralvorstände aller beteiligten Gewerkschaften und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter zum Eintritt in neue Verhandlungen über die Beendigung der Ausschließung im Baugewerbe herbeizuführen. Demgemäß habe am Donnerstag das Reichsamt des Innern den Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes wissen lassen, daß es die Verhandlungen einleiten wolle. Darauf hat der Oberbürgermeister Dr. Beutler, der die Präliminarien bisher geführt hatte, die Einladung zu einer ersten gemeinschaftlichen Verhandlung der Parteien, die am Sonnabend in Dresden stattfinden sollte, zurückgezogen. Vom Deutschen Arbeitgeberbund werden diese Angaben im wesentlichen bestätigt.

Es dürfte zur Vorgeschichte dieser erwähnten Wendung gehören, daß an einem der bisherigen Brennpunkte des Kampfes, nämlich in Köln und vermutlich auch in seiner weiteren Umgebung, die unerquickliche und wirtschaftlich längst bedenkenerregende Situation zu einer Gegenbewegung geführt hatte. Wir berichteten in Nr. 115 über die Verhandlungen und Beschlüsse einer Versammlung von Kölner Arbeitgebern; es ergab sich daraus, daß dort von den mitteren und kleineren Unternehmern die Maßnahmen zur Fortführung der Sperre als eine Gefahr auch für sich selbst empfunden werden. Dazu kommt, daß die beiden führenden politischen Blätter, die in Köln erscheinen, trotz ihrer verschiedenen Parteirichtung dieser Angelegenheit gegenüber zur Einhelligkeit gelangt sind. Die Kölnische Volkszeitung hebt hervor, es müsse bald etwas geschehen, um dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, — nicht nur im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sondern auch derjenigen Volkskreise, die indirekt von der Aussperrung auf's schwerste betroffen werden. „Es ist nicht anzunehmen, daß auf Grund des vom Arbeitgeberbund den Arbeiterorganisationen gestellten Ultimatums in den nächsten zwei bis drei Monaten ein Friede zu stande kommt, und deshalb sollte man auf beiden Seiten in dem einen oder anderen Kardinalpunkte nachgehen, um dann die Bahn frei zu machen für einen Friedensabschluß. Nach unserer Kenntnis der Stimmung in Arbeiterkreisen würden die Arbeiterorganisationen vielleicht die Forderung des zentralen Tarifabschlusses annehmen, wenn der Arbeitgeberbund seine Forderung bezüglich des Arbeitsnachweises fallen ließe. Wären diese beiden Punkte erledigt, dann dürfte es nicht schwer werden, in den anderen Differenzpunkten (Akkordarbeit, Lohn, Arbeitszeit) zu einer Einigung zu kommen." Das Zentrumsblatt stimmt sodann ausdrücklich der Kölnischen Zeitung zu, die am Schluß eines längeren Artikels schreibt: „Dauert dieser Kampf noch länger, dann hat nicht nur die unterliegende Partei im Baugewerbe, dann hat auch die Allgemeinheit, das Volk in allen Berufen, die Kriegskosten mitzuzahlen, und diese Allgemeinheit, dieses Volk in allen Berufen, hat auch ein Recht, zu verlangen, daß ein solcher Kampf, wenn er aussichtslos sein sollte, abgebrochen und ein Waffenstillstand herbeigeführt werde. Gewichtige Stimmen, die diese Forderung erheben, sind in den letzten Tagen laut geworden; sie werden sich mehren, auch in den Reihen der Arbeitgeber im Baugewerbe. Unseres Erachtens wäre, gerade unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Zeitpunkt gekommen, eine vermittelnde Verhandlung zwischen den Parteien herbeizuführen. Mögen die sich mehrenden, zum zeitigen Frieden mahnenden Stimmen bei den Kämpfern, die die Verantwortung zu tragen haben, nicht ungehört verhallen."

Allerdings ist mit diesen Mahnungen die im Arbeitgeberverband vorherrschende Stimmung nicht sogleich getroffen worden. In Köln selbst hat er den auf Frieden dringenden Kundgebungen aus dem eigenen Lager jede ernstliche Bedeutung abgesprochen. Daß einige Bauherren des Wartens müde werden, sei weiter nicht zu verwundern und müsse als unvermeidliche Begleiterscheinung eines solchen Kampfes mit in den Kauf genommen werden. Unannehmlichkeiten solcher Art waren vorauszusehen und es sei von Anfang an mit ihnen gerechnet worden. Noch energischer verfocht die Baugewerkszeitung den Standpunkt des Verbandes; sie sagt noch in ihrer Nummer vom 18. Mai, daß die bürgerliche Presse den Bauarbeitgebern neuerdings keinen Anlaß mehr biete, sich über unmotivierte Angriffe zu beklagen. Wir halten diese Bemerkung gerade in ihrer Allgemeinheit für unzutreffend, denn es dürfte wohl als erfreuliche Tatsache zu behandeln sein, daß die bürgerlichen Blätter ganz überwiegend und vor vornherein sich einer recht unparteiischen Haltung befleißigt haben, die natürlich nicht ausschließt, daß die Organe den Eintritt des Kampfes selbst tiefes bedauerten. Das Fachblatt führt dann feinerseits weiter fort: „Man sagt sich wohl, wenn es sogar die Führer der Industrie für nötig halten, ein weiteres Nachgeben der Bauarbeitgeber den organisierten Arbeitern gegenüber zu verhindern, dann sind diese Arbeitgeber sicher schon bisher bis zur äußerst möglichen Grenze gegangen. Und das ist tatsächlich auch der Fall. Die Bauarbeiter gehören zu den bestbezahlten Arbeitern, und ihre durchschnittliche Arbeitszeit ist, selbst wo noch 10 Stunden im Vertrag vereinbart sind, infolge der Winterruhe nur $8 1/4$ Stunden täglich. Warum drängen sich denn, wie erst kürzlich halbamtlich mitgeteilt wurde, zum Maurerhandwerk so unzählig viele Lehrlinge, während in allen anderen Handwerken außerordentlicher Lehrlingsmangel herrscht? Weil es den Maurern recht erträglich geht! Das wird man nicht vergessen dürfen, falls die Herren Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung fordern sollten, wenn wieder einmal die Vertragsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Daß in der öffentlichen Meinung die Art und Weise, wie die Arbeiterzeitungen teilweise den Kampf geführt haben, abstoßen mußte, darf hier auch nicht unerwähnt bleiben. Es ist selbstverständlich das gute Recht und die Pflicht jeder Partei, ihre Interessen mannhaft zu vertreten. Die Aussperrung ist in dringender Not ein zweckmäßiges Kampfmittel, aber keine Schandtat. . . . Auch der abgeschmackte Vorwurf der Lüge und Unwahrhaftigkeit den gu der Spitze des Arbeitgeberbundes stehenden Männern gegenüber, die sich in allen bürgerlichen Kreisen des größten Ansehens erfreuen, wird dazu beigetragen haben, die früheren Sympathieen wesentlich einzuschränken. Wir freuen uns des sichtbaren Umschwunges in der großen Tagespresse um so mehr, als wir uns dadurch eine Abkürzung des gegenwärtigen Tarifkampfes versprechen. Es ist uns bekannt, daß schon jetzt überall Bauarbeiter in großer Anzahl gern bereit wären, das Tarifvertragsmuster des Arbeitgeberbundes anzunehmen, um wieder zur Arbeit und zum Frieden mit ihren Arbeitgebern zu kommen; sie stehen aber noch im Banne der Gewerkschaftsführer. Greift nun hier die aufklärende Arbeit der Presse ein, so wird dieser Bann in nicht allzu langer Zeit gebrochen sein. Dann steht dem Abschluß neuer Verträge und der Wiederaufnahme der Arbeit nichts mehr im Wege."

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitgeber in den Kampf nicht eingetreten wären ohne die Erwartung ihres möglichst vollständigen Sieges. Nicht zu übersehen aber ist der Umstand, daß so weitgreifende soziale Kämpfe die Interessen der Allgemeinheit zu tief berühren, als daß diese Interessen unberücksichtigt bleiben dürften.

* * *

Wie alljährlich, hat auch diesmal die Pfingstwoche eine lange Reihe von Kongressen und sonstigen Versammlungen nach verschiedenen deutschen Städten gelenkt; wiederum so viele auf einmal, daß die ohnehin gebotene Auswahl in der Berichterstattung sich ganz von selbst vollzog. Der Evangelisch-sozialen Kongreß, der in Chemnitz abgehalten wurde, zeitigte auch in diesem Jahre üppige Früchte ideologischer Auffassungen des Wesens und der Ziele der Sozialdemokratie. Interesse nach praktischer Richtung erweckte nur der Vortrag Prof. Herkners über Käuferpflichten. Wie unserer Wiedergabe seiner Rede (vgl. Nr. 115) zu entnehmen war, gibt es eine wahre Fülle von sozial bedeutsamen Rücksichten, die der Käufer sich zur Pflicht machen könnte. Im Prinzip hätte die Einheit und Unteilbarkeit unserer sittlichen Persönlichkeit zu gebieten, daß eine höhere Verfittlichung nicht auf einzelne Gebiete unserer Wirksamkeit beschränkt werde, sondern unser gesamtes Tun und Lassen, auch alle Arte des täglichen wirtschaftlichen Verkehrs durchdringe. Da die überlieferten sittlichen Grundsätze aus unendlich einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen stammten, sei eine den neuen Problemen gerecht werdende produktive Gedankenarbeit auf ethischem Gebiete zu leisten und der systematische Ausbau einer modernen christlich orientierten Wirtschafts- und Sozialmoral anzustreben, in der die Käuferpflichten nur ein Kapitel bilden. Dementsprechend empfahl Prof. Herkner, sich zu einem Käuferbunde zusammenzuschließen. Hierzu konnte der bekannte Sozialpolitiker Prof. Dr. Francke-Berlin darauf hinweisen, daß eine solche Organisation schon vorhanden sei und mit Erfolg vorgehe. Von Damen der höchsten Beamtenkreise geleitet, sei der Deutsche Käuferbund zu Berlin ein Versuch der Selbsthülfe, und seine zahlreichen Mitglieder rekrutierten sich aus allen Ständen des Bürgertums. Vorerst richte sich das Bestreben der Vereinigung darauf, solche Geschäfte zu ermutigen, die gute Löhne zahlen, namentlich den Heimarbeitern, und die ihren Angestellten einen Urlaub gewähren, aber die Wünsche gingen für die Zukunft weiter. Aus dem Verlauf der Debatte war dann zu erkennen, daß hiermit wohl der richtige Weg beschritten worden ist.

* * *

Einen angemessenen Verlauf nahm der Parteitag der Demokratischen Vereinigung, auf dem der Antrag abgelehnt wurde, den Namen in „Demokratische Partei" umzuwandeln. Denn Herr v. Gerlach erklärte in einem entschieden lichten Moment, man werde nicht zur Partei, wenn man sich so nenne, sondern nur, wenn man etwas leiste. Und die Mehrheit sah ein, daß sie solchen Anspruch nicht ernstlich erheben könne. Indessen: ein Programm leistete man sich dennoch. Herr Dr. Breitscheid hielt auch eine Rede gegen die Fortschrittliche Volkspartei. Versuche, der Demokratischen Vereinigung nur die Rolle einer Hülfstruppe der Fortschrittlichen Volkspartei zuzuweisen und ihr die Berechtigung abzusprechen, gegen fortschrittliche Kandidaten eigene Kandidaten aufzustellen, seien kräftig zurückzuweisen. Die Demokratische Partei sei eine